

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 45 – Angebot an Studienplätzen

Dazu erklärt die hochschulpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 391.06 / 15.09.06

Studienplatzprognose des Wissenschaftsministers ist unrealistische Schönfärberei!

Schon jetzt melden alle Hochschulen in Schleswig-Holstein einen Zuwachs an Bewerbungen von 20 bis 30 Prozent. Der Wissenschaftsminister geht davon aus, dass dieser Andrang nur auf die Studiengebühren in anderen Bundesländern zurückzuführen ist. Ist das so? Und wie entwickelt sich der zukünftige Studienplatzbedarf?

Auf Antrag der Grünen Fraktion legt die Landesregierung heute im Landtag einen Bericht über Angebot und Nachfrage und zukünftige Planung von Studienplätzen in Schleswig Holstein vor. Er kommt zu dem Schluss, dass in den nächsten Jahren, bis 2008, kein Problem einer Angebotslücke auftritt. Für die Zeit danach verspricht die Regierung, die Auswirkung der Schulzeitverkürzung durch befristete Personalerhöhung und vorgezogene Berufungen sowie durch Lehraufträge aufzufangen. Doch diese Prognose geht von völlig unrealistischen Plandaten und Hochrechnungen aus. Die Berechnung geht davon aus, dass

1. es zukünftig keine höhere „allgemeine Studierneigung“ als jetzt gibt, und vor allem, dass politisch initiierte Programme zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung keine Auswirkung haben werden.
2. nur 85 Prozent eines Abiturjahrgangs studieren.
3. von diesen wiederum nur 50 Prozent der Landeskinder einen Studienplatz in Schleswig Holstein suchen.
4. auch das Interesse auswärtiger Studierender an Schleswig Holstein eher gering bleibt.

Selbst aufgrund dieser völlig unrealistischen Voraussetzungen gibt es in Schleswig Holstein im Jahr 2016 beinahe doppelt so viele Abiturienten wie jetzt, nämlich fast 18.000 anstelle von 9.000. Diesem Zuwachs meint der Wissenschaftsminister mit sage und schreibe 4.500 zusätzlichen Studienplätzen mehr Rechnung zu tragen.

Besonders absurd für ein Prognoseszenario ist die Annahme, dass sich die Zahl der zukünftigen Studienplätze am jetzigen Personalvolumen der Hochschullehre orientieren muss. Ist das nicht unglaublich, dass auf der einen Seite die BildungspolitikerInnen in der Schulpolitik deutliche Ermahnungen der OECD hinnehmen müssen, der niedrige Bildungsstand werde für Deutschland gefährlich, während dies auf der anderen Seite bei der Hochschulpolitik völlig ignoriert wird?

Im Durchschnitt der 19 EU-Länder von 2004 studierten 33,4 Prozent eines Jahrgangs, während es in Deutschland nur 20,6 Prozent waren. Alle SchulpolitikerInnen, so auch Bildungsministerin Erdsiek-Rave, versprechen Anstrengungen, um dies zu verbessern, während Wissenschaftsminister Austermann als Hochschulpolitiker locker davon ausgeht, dass das nicht die geringste Änderung herbeiführen wird, und dass sich die Hochschulen deshalb nicht auf wesentlich mehr Studierende einstellen müssten. Ein bildungspolitisches Armutszeugnis! Glücklicherweise orientiert sich die junge Generation nicht am Wissenschaftsminister. Schon jetzt nimmt die Zahl der Abiturienten von Jahr zu Jahr auch in Deutschland zu.

Die OECD rügt allerdings in ihrer neuesten Studie Deutschlands mangelndes Bildungsengagement, so weit es sich in finanziellen Mitteln zeigt. Nur 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gehen in die Bildung, während das in den USA 7,5 Prozent sind und im OECD-Durchschnitt 5,9 Prozent. Diese sechs Punkte hinter dem Komma repräsentieren Milliardenausgaben, die in Deutschland fehlen. Noch schlimmer ist der Vergleich der Dynamik: China hat die Zahl seiner AkademikerInnen in den letzten zehn Jahren verdoppelt, Deutschland nur um acht Prozent erhöht. Die OECD-Staaten haben ihre Bildungsausgaben im Schnitt um 46 Prozent erhöht, Deutschland nur um 14 Prozent! Bei der Dynamik wird Deutschland in wenigen Jahren so stark hinter andere Länder zurückfallen, dass wir uns ernsthafte Sorgen machen müssen.

Aber selbst wenn es so viele Studienplätze wie BewerberInnen gibt, ist damit keineswegs die Nachfrage befriedigt. Es gibt viele gute Gründe, warum Studienplätze leer bleiben: Bei manchen Fächern sind das die Sorgen um die Berufsaussichten, bei anderen (wie z.B. den Ingenieurwissenschaften) die hohen Anforderungen. An anderer Stelle hingegen drängeln sich die StudienbewerberInnen. An der Fachhochschule werden zum Beispiel seit Jahren viele Bewerber abgewiesen, die gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten, sogar in Ingenieursstudiengängen, aber auch im Sozialwesen. Damit die Volkswirtschaft optimal mit Qualifikationen versorgt wird, muss die Zahl der Studienplätze eher höher sein als die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten.

In seiner Prognose handelt das Wissenschaftsministerium nach der Parole; „Augen zu und durch“ und will die Anzahl der angenommenen BewerberInnen im Wesentlichen am jetzigen Personalbestand in Forschung und Lehre orientieren, und an dem, was durch kostengünstige Mehrarbeit in der Lehre und ein paar Bundeszuschüsse geleistet werden kann. Wenn alle Wissenschaftsminister in Deutschland so handeln - das ist nach der Föderalismusreform leider zu befürchten - und nicht über die eigene Bundeslandsgrenze hinausblicken, dann kann man den heutigen SchülerInnen nur raten: Stellt Euch darauf ein, dass die Hälfte von Euch später im Ausland studieren muss. Hier in Deutschland ist kein Studienplatz für Euch.

Die Grünen hingegen fordern einen bundesweiten Hochschulplan, der deutlich mehr Mittel als bisher geplant für zusätzliche Studienplätze zur Verfügung stellt.

Wir akzeptieren den Landesregierungsbericht nicht, denn er hat noch nicht einmal das Problem erfasst, zu dem er eine Lösung finden soll.
